KANTON AARGAU

Gesetz über den öffentlichen Verkehr [1] (ÖVG)

Vom 2. September 1975 (Stand 1. Januar 2010)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 49 der Kantonsverfassung sowie auf die Bundesgesetzgebung über den Öffentlichen Verkehr, [2]

beschliesst:

1. Grundlagen und Ziele [3]

§ 1 [4] Zweck

[1] Dieses Gesetz schafft die kantonalen Grundlagen für den öffentlichen Verkehr in den Regionen und Agglomerationen sowie für den Anschluss an den übergeordneten öffentlichen Verkehr. [5]

[2] Der Kanton fördert zusammen mit den Gemeinden den öffentlichen Verkehr im Interesse einer nachhaltigen Umwelt-, Energie-, Wirtschafts- und Siedlungspolitik sowie einer guten Erschliessung aller Gebiete. Er soll ein ausreichendes Angebot gewährleisten. [6]

[3] Die Förderungsmassnahmen richten sich nach volks- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der Regierungsrat kann eine minimale Auslastung und Kostendeckung vorschreiben.

---

[1] Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
[2] Fassung gemäss Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
[3] Eingefügt durch Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
[4] Fassung gemäss Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
[5] Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
[6] Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).

2. Verkehrsbereiche und -massnahmen [1)]

§ 2 [2)] Infrastrukturen

[1] Die Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs sind mit Hilfe des Bundes, der Transportunternehmen und des Kantons bedürfnisgerecht auszubauen und in gutem technischem Zustand zu erhalten.

[2] An Investitionen für Bahn- und Businfrastrukturen von regionaler Bedeutung, die dem Zweck gemäss § 1 Abs. 2 und 3 auf dem Gebiet des Kantons Aargau dienen, kann der Kanton einmalige Beiträge leisten. Diese können von angemessenen Leistungen von Bund, Gemeinden, Transportunternehmen oder Dritten sowie von weiteren Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

[3] Der Kanton kann Beiträge an Umsteigeinfrastrukturen ausrichten, die den Wechsel vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr begünstigen. Die Beiträge bemessen sich nach dem Nutzen, den die Anlagen für den öffentlichen Verkehr darstellen.

§ 3 [3)] Betriebsumstellungen

[1] Sind die Voraussetzungen für die Umstellung einer Bahn auf ein Strassenverkehrsmittel gegeben, kann sich der Kanton an den entstehenden Kosten beteiligen.

§ 4 [4)] ...

§ 5 [5)] Abgeltungen

[1] Der Kanton leistet an konzessionierte Transportunternehmen Abgeltungen im Ausmass der anerkannten ungedeckten Kosten für

a) das vom Kanton und vom Bund gemeinsam bestellte Verkehrsangebot;
b) die eigenen, zusätzlichen Bestellungen von Verkehrsangeboten;
c) von ihm bestellte wiederkehrende Infrastrukturleistungen wie Unterhalt, Instandhaltung, Abschreibungen und Kapitalverzinsung;
d) Rollmaterial, Fahrzeuge und Betriebseinrichtungen.

---

1) Eingefügt durch Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
2) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
3) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
4) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
5) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).

[2] Gemeinden, Regionalplanungsverbände, Organisationen oder Private können mit Transportunternehmen zusätzliche Leistungen (Sonderleistungen) vereinbaren. Der Kanton kann sich ausnahmsweise an den ungedeckten Kosten aus Sonderleistungen zu höchstens 25 % beteiligen. Der Regierungsrat regelt das Bestellverfahren für Sonderleistungen bei den konzessionierten Transportunternehmen in einer Verordnung.

[3] Der Kanton knüpft Abgeltungen an Bedingungen, wie

a) die Erfüllung von Verträgen;
b) die Beteiligung an Tarifverbunden;
c) die rationelle Betriebsführung, unter anderem mit Leistungsvergleichen;
d) die Rechnungslegung nach bundesrechtlichen Vorschriften;
e) die Zusammenarbeit mit anderen Transportunternehmen.

§ 6 [1)] Beteiligung der Gemeinden

[1] Die Abgeltungen des Kantons gemäss den §§ 5 Abs. 1 und 8 Abs. 3 werden zu 60 % vom Kanton und zu 40 % von den Gemeinden getragen.

[2] Die Aufteilung des Gemeindeanteils auf die einzelnen Gemeinden bemisst sich nach der Verkehrsbedienung und der Einwohnerzahl. Der Grosse Rat kann durch Dekret eine Beteiligungsregelung für zusammengeschlossene Gemeinden erlassen. [2)]

[3] Führen ausserordentliche Umstände zu einer unverhältnismässigen Belastung einer Gemeinde, kann der Regierungsrat deren Anteil angemessen herabsetzen. Der erlassene Anteil wird vom Kanton und von den Gemeinden gemäss Absatz 1 und 2 getragen.

§ 7 [3)] ...

§ 8 [4)] Tarifmassnahmen

[1] Der Kanton strebt die Angleichung der Tarife an.

[2] Er kann Tarif- oder Verkehrsverbunde unterstützen oder sich an solchen beteiligen.

[3] Er leistet Abgeltungen für von ihm anerkannte Tariferleichterungen.

---

1) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
2) Fassung gemäss Gesetz vom 17. März 2009, in Kraft seit 1. Januar 2010 (AGS 2009 S. 278).
3) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
4) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).

3. Finanzierung und Organisation [1)]

§ 9 Finanzierung

[1] Die Finanzierung der in den §§ 2–8 vorgesehenen Aufgaben erfolgt aus allgemeinen Staatsmitteln. [2)]

[2] ... [3)]

[3] ... [4)]

[4] ... [5)]

[5] ... [6)]

§ 10 [7)] Art der Leistungen

[1] Der Kanton erbringt seine Leistungen in Form von Abgeltungen, Kapitalbeteiligungen, Beiträgen oder Darlehen. Er kann seine Leistungen an Bedingungen und Auflagen knüpfen.

§ 11 [8)] Berücksichtigung der Gemeinden

[1] Der Kanton sorgt dafür, dass die Anliegen und Anträge der Gemeinden bei der Festlegung des Verkehrsangebots angemessen berücksichtigt werden.

[2] Die Regionalplanungsverbände koordinieren die Anliegen und Anträge der Gemeinden. Im Weiteren umfassen ihre Aufgaben insbesondere die

a) Beteiligung an der Entwicklung der Mehrjahresplanung;
b) Mitgestaltung des Verkehrsangebots;
c) Antragstellung gemäss lit. a und b.

[3] Die Regionalplanungsverbände koordinieren untereinander Aufgaben und Anträge gemäss Absatz 2.

[4] Die Regionalplanungsverbände können ihre Aufgaben nach Absatz 2 und 3 und nach § 5 Abs. 2 auf andere Gemeindeverbände übertragen.

---

1) Eingefügt durch Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
2) Fassung gemäss § 16 lit. c des Finanzausgleichsgesetzes vom 29. Juni 1983, in Kraft seit 1. Januar 1984 (AGS Bd. 11 S. 86).
3) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
4) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
5) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
6) Aufgehoben durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
7) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
8) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).

§ 12 [1)] Zuständigkeit

[1] Der Grosse Rat

a) erlässt im Dekret Ausführungsbestimmungen über die Beteiligung von Kanton und Gemeinden an den Kosten des öffentlichen Verkehrs;
b) genehmigt periodisch das Mehrjahresprogramm zum öffentlichen Verkehr.

[2] Der Regierungsrat

a) beschliesst und bestellt das Angebot; er berücksichtigt dabei die Anträge der Gemeindeverbände und Gemeinden gemäss § 11 und begründet die Abweichungen;
b) beschliesst über Ausgaben für Einzelmassnahmen im Rahmen seiner Finanzkompetenzen;
c) schliesst in endgültiger Zuständigkeit die zum Vollzug dieses Gesetzes nötigen Verträge ab, insbesondere mit Transportunternehmen, Bund, Kantonen und dem benachbarten Ausland;
d) beschliesst über die Beiträge der Gemeinden an den öffentlichen Verkehr;
e) regelt in einer Verordnung den Vollzug des Bundesrechts sowie dieses Gesetzes, insbesondere
    1. Verfahrensabläufe;
    2. Rechnungslegung;
    3. Steuerung (Controlling);
    4. Bedingungen und Auflagen der kantonalen Leistungen.

§ 13 [2)]

§ 13a [3)] Änderung bisherigen Rechts

[1] Das Gesetz über die National- und Kantonsstrassen und ihre Finanzierung (Strassengesetz, StrG) vom 17. März 1969 [4)] wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

---

1) Fassung gemäss Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
2) Aufgehoben durch § 16 lit. c des Finanzausgleichsgesetzes vom 29. Juni 1983, in Kraft seit 1. Januar 1984 (AGS Bd. 11 S. 86).
3) Eingefügt durch Gesetz vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 611).
4) AGS Bd. 7 S. 296; Bd. 8 S. 196, 198; Bd. 10 S. 109; Bd. 11 S. 376, 404; Bd. 12 S. 497; Bd. 14 S. 365; 2000 S. 308; 2002 S. 341 (SAR 751.100)

§ 14 Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

[1] Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1976 in Kraft und ist in der Gesetzessammlung zu publizieren.
[2] ... [1)]
[3] ... [2)]

§ 15 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Das Gesetz über die Förderung konzessionierter Verkehrsunternehmungen (Verkehrsgesetz) vom 23. August 1960 [3)] und die Verordnung zum Vollzug des Verkehrsgesetzes vom 28. August 1962 [4)] sind aufgehoben.

Aarau, den 2. September 1975

Präsident des Grossen Rates
BÜRGI

Staatsschreiber
i.V. SALM

Angenommen in der Volksabstimmung vom 7. Dezember 1975.

[1)] Aufgehoben durch Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
[2)] Aufgehoben durch Gesetz vom 5. März 1996, in Kraft seit 1. April 1998 (AGS 1996 S. 152; 1998 S. 75).
[3)] AGS Bd. 5 S. 87
[4)] AGS Bd. 5 S. 300; Bd. 8 S. 486